

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen

Die Experten für kaufmännische Bildung

An der Rosenhöhe 5 33647 Bielefeld www.vlw.de 05 21 5 22 93 03



PIK 3/2006

Offener Brief von VLW und BLBS zur Hamburger Strukturreformdebatte

An die
**Mitglieder der
Hamburgischen Bürgerschaft**

(Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg)

Berlin und Bielefeld, 07.05.2006

Reform der Beruflichen Schulen in Hamburg - Offener Brief

Sehr geehrte/r Bürgerschaftsabgeordnete/r,

wir wenden uns heute an Sie, weil in Hamburg Strukturen für die berufliche Bildung geschaffen werden sollen, die von erheblicher Tragweite sind. Wir möchten Sie bitten, vor einer Entscheidung noch einmal die Konsequenzen des geplanten Weges zu bedenken und aus Ihrer persönlichen Verantwortung heraus zu prüfen, ob nicht doch eine andere Richtung einzuschlagen ist.

Ein wesentlicher Bestandteil der Beruflichen Schulen ist das duale Ausbildungssystem. Es ist eine Partnerschaft von Schule und Betrieb, die Lernortkooperation ist ein wesentlicher Bestandteil der Berufsbildung; sie funktioniert in Hamburg gut. Die Partnerschaft setzt aber zwei Partner voraus und nicht eine Seite, die auch die andere Seite determiniert – denn dann braucht man kein duales System und auch keine staatliche Verantwortung für den schulischen Teil der beruflichen Bildung. Eben dies wird aus unserer Sicht mit der geplanten neuen Struktur zum Problem. Dann stellt sich die Frage, warum der Staat die duale Ausbildung überhaupt noch mitfinanzieren soll.

Durch die geplante intransparente Struktur von HIBB und zwei Schulvorständen wird mit großer Sicherheit die Prognose eintreffen, dass von Seiten der Wirtschaft Einfluss auf die verschiedenen beruflichen vollzeitschulischen Bildungsgänge genommen wird. Dies wird für die Bildungsgänge mit hoher bildungspolitischer Relevanz wie zum Beispiel bei den Wirtschaftsgymnasien der Fall sein.

Am 10. Mai soll das neue Schulgesetz verabschiedet werden. Ziel ist eine „größtmögliche Eigenverantwortung der Schulen“. Schüler, Eltern und Lehrer hoffen, dass die größere Verantwortung notwendige pädagogische Spielräume schafft und die Unterrichtsqualität steigt. Leider gibt es an den Beruflichen Schulen einen Bruch: die Wirtschaft soll „gleichberechtigter Partner“ werden und die Schulen sollen in das „Hamburger Institut für Berufliche Bildung“ ausgegliedert werden. Dies ist aus unserer Sicht ein erster Schritt der Ausgliederung der beruflichen Bildung aus der staatlichen Verantwortung.

Dieser Schritt hat damit nicht nur eine Signalfunktion, sondern ist auch eine Weichenstellung für die gesamte Bildungspolitik des Stadtstaates. In Ihrer Verantwortung liegt es, die Konsequenzen nicht nur unter verfassungsmäßigen Überlegungen zu prüfen, sondern auch die politische Tragweite dieses Schrittes abzuwägen.

Für uns ist auch offen, wer „die“ Wirtschaft ist, die zukünftig an den Beruflichen Schulen mitbestimmen soll. Im HIBB werden dies die Kammern sein. Hier haben die Kammern mehr Stimmen als die Schulsenatorin; diese könnte sich nur mit Unterstützung der Wirtschaftsbehörde und zweier Schulleiter durchsetzen. Weil die Schulleitungen vor Ort wieder von den Wirtschaftsvertretern abhängig sind, muss man nicht mehr fragen, wie es um die Durchsetzungsfähigkeit des Senats in diesem Bereich bestellt ist.

Ein weiteres Problem ist, dass es den Schulvorständen letztlich an demokratischer Legitimation fehlt: An den Schulen werden 2 Schulvorstände gebildet – es gibt das so genannte Konsensprinzip, d. h. nur mit der Mehrheit der Vertreter des Staats und der Wirtschaft kann ein Beschluss gefasst werden. Allerdings ist eine Wahl der Wirtschaftsvertreter nicht vorgesehen: sie sollen von den Unternehmensverbänden und den Kammern bestimmt werden und sind deshalb nicht demokratisch legitimiert.

Politisch entspricht das Vorhaben für die beruflichen Schulen nicht den Ansätzen, die derzeit für die Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen verfolgt werden. Die selbstständige Schule, die als Zielperspektive angesehen wird, soll Entscheidungen treffen und hierfür Verantwortung übernehmen. Deshalb gibt die Behörde Kompetenzen ab. Die Hoffnung ist, dass mehr Verantwortung zu besseren Ergebnissen und zu mehr Effizienz führt. An den Beruflichen Schulen wird dies nicht zugelassen: die Kammern können im HIBB und an den Schulen Entscheidungen blockieren und beeinflussen. Das ist nicht die Eigenverantwortung von der im Schulgesetz immer gesprochen wird.

Auf ein Problem ist bereits weiter oben hingewiesen: der Staat behält weiterhin die alleinige finanzielle Verantwortung für die Schulen und kann diese Verantwortung bei den Entscheidungen nicht sicher zur Geltung bringen. Keine Unternehmensleitung würde sich auf ein solches Abenteuer einlassen. Immerhin besuchen fast 58.000 Schülerinnen und Schüler in Hamburg die Beruflichen Schulen – davon 34.000 in einer Ausbildung im Dualen System.

An dieser Stelle bitten wir Sie, Ihre Verantwortung zu sehen, die Sie für die Zukunft der Beruflichen Schulen und damit für die berufliche Bildung übernehmen und welche Signale Sie für die Entwicklung der Hamburger Schulen Sie mit Ihrem Votum setzen. Bildung ist mehr als Ausbildung, staatliche Verantwortung ist mehr als Mitbestimmung in einem Gremium, in dem der Staat überstimmt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Berthold Gehlert

Dr. Wolfgang Kehl